

---

Was diese Woche wichtig war

# Eskalation zwischen den USA und dem Iran, Anklage im Fall MH17 – und Neues zu Julian Assange

Woche 25/2019 – das Kurzbriefing aus der Republik-Redaktion.

Von [Ronja Beck](#) und [Oliver Fuchs](#), 21.06.2019

## Rechtsextremist soll CDU-Politiker erschossen haben

**Darum geht es:** In der Nacht auf den 2. Juni war der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) vor seinem Wohnhaus mit einem gezielten Kopfschuss getötet worden. Nun verdichten sich die Hinweise, dass es sich um einen Mord mit rechtsextremistischem Hintergrund handelt, wie die deutsche Bundesanwaltschaft am Montagnachmittag bekannt gab. Sie hatte wenige Stunden zuvor die Ermittlungen im Fall übernommen. Hauptverdächtiger ist der 45-jährige Stephan E. Laut den Behörden hat man Spuren seiner DNA am Tatort gefunden. Die Spezialeinheit der Polizei hat E. am Samstagmorgen festgenommen und in seiner Wohnung umfangreiches Datenmaterial sowie Waffen sichergestellt.



Das Porträt des erschossenen Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke am Festumzug auf dem 59. Hessentag vom Sonntag. Swen Pförtner/DPA/Keystone

**Warum das wichtig ist:** Stephan E. ist mehrfach vorbestraft – unter anderem wegen Taten mit ausländerfeindlichem Hintergrund. Aufgrund eines missglückten Bombenanschlags auf eine Asylunterkunft wurde er Mitte der Neunzigerjahre zu sechs Jahren Haft verurteilt, berichtet unter anderem die «Zeit». Weitere Recherchen der Zeitung zeigen, wie Stephan E. seit Jahren in rechtsextremen Kreisen aktiv ist. Die Bundesanwaltschaft Karlsruhe hat den Fall übernommen. Das ist aussergewöhnlich. Die obersten Ermittler greifen nur bei Fällen von «besonderer Bedeutung» ein oder wenn eine «terroristische Vereinigung» hinter einer Tat vermutet wird. Der Politiker Walter Lübcke war seit 2015 zur Hassfigur für Rechtsextreme geworden. Im Rahmen der Flüchtlingsdebatte hatte er öffentlich für einen humanen Umgang mit den Geflüchteten plädiert und Pöbler an einer Veranstaltung in die Schranken gewiesen. In der Folge wurde er mit Morddrohungen eingedeckt und befand sich teilweise unter Polizeischutz. Seine Ermordung weckte bei Beobachtern Erinnerungen an die Attentate der Terrororganisation NSU. In rechtsextremen Kreisen sorgte sie derweil für Beifall. Expertenstimmen warnten nach den jüngsten Erkenntnissen vor einer Zunahme des rechten Terrors in Deutschland.

**Was als Nächstes geschieht:** Politiker von links bis rechts äusserten grosse Besorgnis über rechtsextreme Gewalt in Deutschland und forderten eine Sondersitzung des Innenausschusses. Die Ermittler sind zurzeit daran, etwaige Hintermänner und Komplizen von Stephan E. ausfindig zu machen. Indizien dazu oder zu Verbindungen mit einer rechtsextremistischen Organisation gebe es zurzeit jedoch nicht. Der in Untersuchungshaft sitzende Stephan E. hat sich bisher nicht zu seinen Tatmotiven geäussert.

## **Ehemaliger Uefa-Präsident Michel Platini wurde verhört**

**Darum geht es:** Am Dienstag wurde Michel Platini in Paris verhaftet. Die französische Anti-Korruptions-Behörde verhörte den ehemaligen Fussballfunktionär während Stunden. Er konnte das Präsidium in der Nacht auf Mittwoch wieder verlassen. Er sei zur Europameisterschaft 2016 in Frankreich sowie zur WM 2018 in Russland und jener 2022 in Katar befragt worden, sagte Platini danach zu Journalisten. Zu einer Anklage ist es nicht gekommen.



Michel Platini nach seiner Einvernahme durch die Anti-Korruptions-Behörde. Julien de Rosa/EPA/Keystone

**Warum das wichtig ist:** Die Ende 2010 abgehaltene WM-Vergabe, aus der Russland für 2018 und Katar für 2022 als Sieger hervorgingen, ist höchst umstritten. Seit 2016 ermitteln amerikanische und französische Behörden wegen Korruptionsverdachts. Ein «Mangel an Transparenz» wurde bereits 2014 vom ehemaligen Fifa-Chefermittler Michael Garcia festgestellt. 16 der 24 Exekutivmitglieder der Fifa, die damals über die Austragungsorte entschieden hatten, sind bis heute entweder zurückgetreten, wurden suspendiert oder mit Bussgeldern bestraft. Auch der damalige Uefa-Präsident Michel Platini ist 2010 ein Exekutivmitglied gewesen. Platini ist seit 2015 für vier Jahre von allen Fussballämtern gesperrt. Hintergrund ist eine Millionenzahlung, die er 2011 vom ehemaligen Freund und Fifa-Präsidenten Sepp Blatter für frühere Dienste erhalten hatte. Im Zentrum der Befragung Platinis soll ein Treffen gestanden haben, an dem Platini, der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy sowie zwei katarische Staatsmänner teilnahmen. An jenem Treffen soll es illegale Absprachen gegeben haben, so der Verdacht, der auch von Sepp Blatter geschürt wurde. So habe sich Katar verpflichtet, den französischen Club Paris Saint-Germain zu kaufen – was dann auch geschah. Im Gegenzug würde Platini für die Stimmvergabe an Katar weibel.

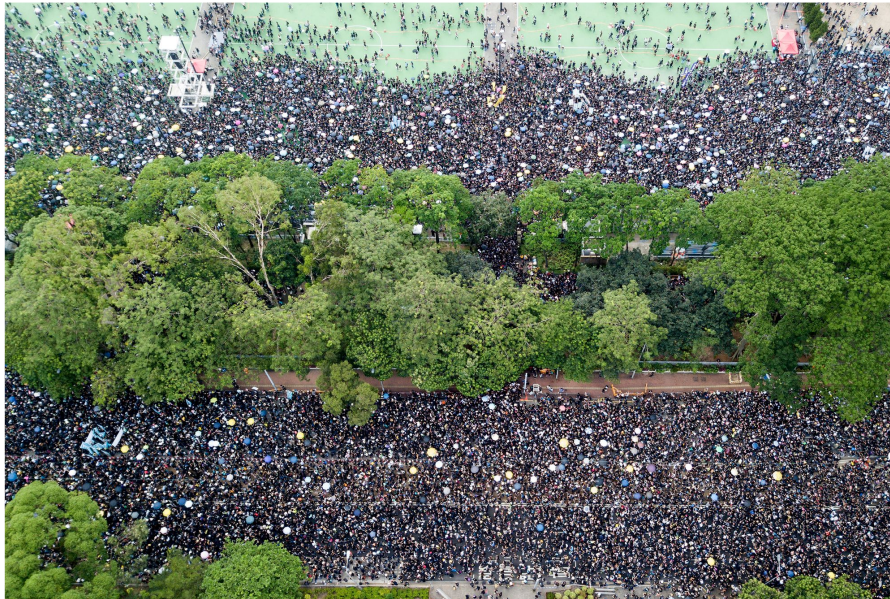
**Was als Nächstes geschieht:** Michel Platini konnte zwar nicht belastet werden. Doch die WM 2022 in Katar ist durch ihn nun erneut in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Medien weltweit spekulieren, dass dem Golfstaat die Austragung der WM entzogen werden könnte. Katar steht auch wegen der prekären Situation auf den Baustellen der Stadien in der Kritik.

## Massenproteste in Hongkong zeigen Wirkung

**Das ist geschehen:** Die Massenproteste haben gewirkt: Das geplante Auslieferungsgesetz in Hongkong ist auf Eis gelegt. Dies verkündete Regierungschefin Carrie Lam vergangenen Samstag an einer Pressekonferenz. Es sei wahrscheinlich, dass der Gesetzesentwurf ganz verworfen werde, sagte Lam an einer zweiten Konferenz am Sonntag. Das Gesetz hätte die Auslieferungen von Hongkongs Bürgerinnen nach China ermöglicht.

**Warum das wichtig ist:** Die pekingnahe Carrie Lam hatte sich trotz der Proteste hinter den Gesetzesentwurf gestellt (wie im vergangenen Wochen-

briefing ausgeführt). Das kam nicht überraschend, gilt sie doch als sture Bürokratin. Das verschärfte die Situation auf der zu China gehörenden, aber zu guten Teilen autonomen Halbinsel zusätzlich. Jetzt ist Lam, wohl auf Anraten ihrer Berater, doch eingeknickt. Und zeigt sich reumütig ob der teilweise gewaltsamen Reaktion der Regierung auf die Proteste. Diese Reue kommt bei den Gegnern des Auslieferungsgesetzes schlecht an: Am Tag nach ihrem Entschluss gingen nochmals zwei Millionen Menschen auf die Strasse. Sie werfen Lam Unehrlichkeit vor und befürchten, dass sie das Auslieferungsgesetz doch noch durchdrücken könnte. Von einem Rückzug des Entwurfs hat Lam sodann nie gesprochen, sondern nur von einem Ablauf – auch das werfen sie der Regierungschefin vor. Forderungen nach ihrem Rücktritt halten an.



Schätzungsweise zwei Millionen Menschen demonstrierten am Sonntag in Hongkong gegen die pekingtreue Regierungschefin Carrie Lam. Stephen J. Boitano/LightRocket via Getty Images

**Was als Nächstes geschieht:** Carrie Lam befindet sich in der grössten Krise seit ihrem Amtsantritt im Juli 2017. Das Vertrauen der Bevölkerung hat sie mit ihrer Entschuldigung nicht zurückgewonnen. Wie die chinesische Zentralregierung Lams Einknicken wertet, ist unklar. Peking hätte das Gesetz auf jeden Fall begrüsst. Verlöre Lam nun auch den Rückhalt von Präsident Xi Jinping, würde sie ihr Amt nicht halten können. Die Organisatoren der Proteste haben zudem weitere Schritte angekündigt. Man wolle Beschwerde einreichen gegen das harsche Vorgehen der Polizei. Weitere Proteste sind also wahrscheinlich – zumal es am 1. Juli, dem Nationalfeiertag in Hongkong, meist sowieso schon zu Demonstrationen kommt.

## USA erhöhen den Druck auf den Iran weiter

**Darum geht es:** «Iran hat einen sehr grossen Fehler gemacht!» twitterte US-Präsident Donald Trump am Donnerstagabend. Er reagierte auf den Abschuss einer unbemannten amerikanischen Spionagedrohne am Donnerstagsmorgen. Die USA behaupten, die Drohne sei in internationalem Luftraum geflogen, Hossein Salami, Chef der iranischen Revolutionsgarden, verteidigte den Abschuss. Die Drohne sei sehr wohl in iranischem Luftraum geflogen, sagte er und betonte, man sei auf einen Krieg gut vorbereitet. Erst in der Nacht auf Dienstag hat der (mittlerweile zurückgetretene) interimistische US-Verteidigungsminister Patrick Shanahan angekündigt, 1000 weitere Soldaten in den Nahen Osten zu verlegen. Die Aufstockung erfolge zu «Verteidigungszwecken», so Shanahan. Die meisten Soldaten wür-

den Überwachungs- und Geheimdienstaufgaben übernehmen. Die Mitteilung aus dem Pentagon folgte nur wenige Stunden nach der Ankündigung des Iran, das atomare Programm wieder hochfahren zu wollen.

**Warum das wichtig ist:** Der Drohnenabschuss und der Entscheid der US-Regierung führen den Konflikt mit dem Iran auf die nächste Eskalationsstufe. Seit Wochen droht Teheran mit dem Rückzug aus dem Atomabkommen, welches die Urananreicherung im Land stark eindämmt und so die Produktion atomarer Waffen verhindern soll. Die USA hatten das Abkommen 2018 unilateral aufgekündigt. Präsident Hassan Rohani sieht sich von den zunehmenden Sanktionen der USA in die Ecke gedrängt. Hinzu kommen die Vorwürfe im Fall der zwei Öltanker, die am 13. Juni im Golf von Oman angegriffen wurden. Die amerikanischen Geheimdienste sehen die Schuld beim Iran, und die Behörden haben Aufnahmen veröffentlicht, welche Kämpfer der iranischen Revolutionsgarde beim Entfernen einer am Tanker befestigten, aber nicht detonierten Mine zeigen sollen. Auch Grossbritannien und Saudiarabien stellen sich auf die Seite der USA. Der Iran wies die Vorwürfe entschieden zurück.

**Was als Nächstes geschieht:** In einem Interview mit dem «Time Magazine» zeigte sich Donald Trump offensiv. Würde der Iran atomare Waffen produzieren, würde er einen Krieg in Betracht ziehen. Beim Verteidigungsministerium liegt derweil der Plan auf dem Tisch, weitere 6000 Soldaten in die Region zu schicken. Die EU versucht nun, die Wogen zu glätten und die amerikanischen Sanktionen gegen den Iran zu umgehen. Dass diese Massnahmen weit genug gehen, um die Situation zu entschärfen und das Abkommen zu retten, ist laut Beobachtern unwahrscheinlich.

## **Verdächtige im Fall des Abschusses der Boeing mit der Flugnummer MH17 angeklagt**

**Darum geht es:** Im Juli 2014 wurde ein Passagierflugzeug der Malaysia Airlines über der umkämpften Ostukraine abgeschossen. Fast 300 Menschen starben. Nach fünf Jahren hat ein internationales Ermittlerteam am Mittwoch die Namen der mutmasslichen Täter veröffentlicht. Es handelt sich dabei um vier prorussische Rebellen. Sie sollen für den Transport des Raketensystems verantwortlich gewesen sein, mit welchem das Flugzeug abgeschossen wurde. Die Männer, die sich laut den Behörden in Russland und der Ukraine aufhalten, sind wegen Mordes und der Mitschuld am Absturz angeklagt.

**Warum das wichtig ist:** Die Täterschaft hinter dem Abschuss der Boeing mit der Flugnummer MH17 auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur war seit je umstritten. Der Westen und die Ukraine geben den prorussischen Separatisten die Schuld, die seit 2014 in der Ostukraine kämpfen. Die Separatisten und Russland verweisen wiederum auf die Ukraine. Es wurden vermeintliche Täter und Tatwaffen präsentiert, das Netz wurde mit Falschmeldungen geflutet. Nach und nach lieferten Medienberichte und die laufenden Ermittlungen neue Erkenntnisse. So war die mutmassliche Tatwaffe, ein Raketenwerfersystem, Buk genannt, aus russischen Militärbeständen entfernt und in die Ostukraine geliefert worden. Auch die mutmasslichen Täter, darunter der ehemalige russische Geheimdienstoffizier Sergei Dubinski, waren vom Recherchenetzwerk «Bellingcat» bereits 2017 teilweise identifiziert worden. «Bellingcat» hat nun die Namen weiterer Verdächtiger veröffentlicht.



Wilbert Paulissen verkündete am Mittwoch die Ergebnisse des internationalen Ermittlerteams zum Abschluss des Fluges der Malaysia Airline mit der Nummer MH17. Robin Van Lonkhuijzen/EPA/Keystone

**Was als Nächstes geschieht:** Der Gerichtsprozess gegen die vier Männer wird ab dem 9. März 2020 in den Niederlanden abgehalten. Dass sie anwesend sein werden, ist jedoch unwahrscheinlich. Russland muss seine Staatsbürger nicht ausliefern und übt seit Jahren scharfe Kritik an den Ermittlern. Diese kündigten am Mittwoch an, ihre Ermittlungen zum Fall MH17 fortzusetzen. Weitere Haftbefehle seien durchaus möglich.

## Zum Schluss: Kommt Assange je wieder frei?

Gut zwei Monate sind vergangen, seit Londoner Polizisten Julian Assange aus der ecuadorianischen Botschaft getragen haben. Nun ist klar, wann der Prozess um die Auslieferung des Wikileaks-Gründers in die USA losgehen wird. Ein Gericht hat diese Woche den Termin auf den 25. Februar 2020 festgelegt. Bis dann wird Assange im Hochsicherheitsgefängnis bleiben – und wohl noch Jahre darüber hinaus. Stand heute sind es sieben Jahre und zwei Tage, seit Assange Botschaftsboden betreten hatte. Seither war er keinen Tag lang ein freier Mann. Assange ist eine komplizierte Figur – und es gibt legitime medienethische Kritik an seiner Arbeit. Fest steht aber genauso: Das unerbittliche Vorgehen der USA gegen ihn schafft einen Präzedenzfall, der investigativen Journalisten weltweit nicht egal sein kann. Nils Melzer, Uno-Sonderberichterstatter, hat Assange im Gefängnis besucht. Seine Einschätzung: Assange zeige die Symptome eines Opfers von psychologischer Folter. In den USA, so Melzer weiter, würde ihm ein Schauprozess drohen. Unterdessen werfen ihm die US-Behörden 18 verschiedene Verbrechen vor. Die meisten fallen unter das Spionagegesetz – und hätten bei einer Verurteilung insgesamt 175 Jahre Gefängnis zur Folge.

## Top-Stories: Risiken und Nebenwirkungen

**Fifafishy.** Passend zur Verhaftung von Michel Platini hat «Arte» erneut eine Dokumentation von 2017 zu der WM-Vergabe an Katar aufgeschaltet. Was sich hinter den Kulissen alles abspielte, erzählt von Menschen, die dabei waren, können Sie sich bis zum 17. Juli hier ansehen.

**«Holz vor der Hütte».** Eine Journalistin der «Süddeutschen Zeitung» stößt bei einer Radtour durch die Schweiz auf das sexistische Plakat eines Säge-

werks. Sie meldet sich bei Werkbetreiber Rodolfo Rüdüsühli. Es entsteht ein Gespräch, in dem sich die gesellschaftlichen Gräben unserer Zeit auftun.

**Libra.** Facebook kündigt eine eigene Kryptowährung an. Mit dieser Ansage stösst Mark Zuckerberg, erwartungsgemäss, auf ordentlich Kritik. Eine regelrechte Wutrede hat «Finews»-Chefredaktor Peter Hody verfasst. Unser Wirtschaftsredaktor Simon Schmid hat sich da lieber für einen sarkastischen Weg entschieden.

**Nachricht für Mursi.** Am Montag ist der ehemalige ägyptische Präsident Mohammed Mursi im Gerichtssaal zusammengebrochen und gestorben. Wie der Muslimbruder 2012 im Zuge der Revolution an die Macht kam und schliesslich als kleiner Mann starb, erzählt der «New Yorker» in einer ausführlichen Rückschau.

**Häuslebauermüser.** «The Upshot», der Datenjournalismus-Blog der «New York Times», hat sich mit dem Traum vom Eigenheim befasst. Genauer: damit, dass für manche US-Städte daraus unterdessen ein Albtraum geworden ist. Denn viele Städte haben Mehrfamilienblocks in ihren Bauzonen fast komplett verboten. In Los Angeles dürfen zum Beispiel in drei Vierteln der Wohnzonen ausschliesslich Einfamilienhäuschen gebaut werden. Resultat: riesige Suburbias, versteckte Segregation, Umweltbelastung.